

SPD zu Bio-Kraftwerk: Gut Ding braucht Weile

12.02.09

Für „gründlichen Entscheidungsprozess“

OTTERSBERG - Gut Ding brauche Weile. Das gelte auch für das geplante Biomassekraftwerk in Ottersberg, betont die örtliche SPD-Fraktion in einer gestern eingegangenen Presseerklärung. Die SPD fordert einen „gründlichen Entscheidungsprozess“. Dagegen mahnt das Unternehmen La Monte, das in ein Biomassekraftwerk in Ottersberg investieren will, eine zeitnahe Entscheidung der Politik an.

Grundsätzlich biete das Verfahren der Holzvergasung die Chance für unabhängige, klimafreundlichere Energieerzeugung. Es sei aber auch eine Herausforderung für eine 12 000-Einwohnergemeinde wie Ottersberg, verdeutlicht die SPD.

Begrüßenswert sei die heutige zweite Einwohnerversammlung zum geplanten Kraftwerksbau mit Prof. Dr. Ing. Martin Kaltschmitt als ausgewiesenem Spezialisten.

„Wesentliche Grundlage für ein Biomassekraftwerk ist die Entscheidung der Firma Buss, Wärme und Strom aus dem Kraftwerk abzunehmen. Diese Entscheidung liegt uns noch nicht vor“, betont die SPD.

Folgende Fragen seien außerdem zu klären:

→ Ist der Bedarf für eine Wärmenetz in der Bevölkerung vorhanden, und wer investiert in ein entsprechendes Rohrsystem? Ottersberg könne nicht mehr investie-

ren und habe sich in der Vergangenheit bei vielen Prestigeprojekten übernommen“, so Katja Starke Heimbokel, die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

→ Die Verkehrssituation: Der Kernort sei erheblich durch Schwerlastverkehr belastet. Eine weitere Zunahme des Verkehrs sei nur durch ein vernünftiges Verkehrskonzept zu lösen. Dies bedeute, erneut zu investieren.

→ Sind zwei Kraftwerke für ein Grundzentrum mit 12000 Einwohnern vernünftig? Dazu merkt SPD-Fraktionsvorsitzender Stefan Bachmann an: „Bevor wir den Bebauungsplan für ein weiteres Kraftwerk aufstellen, muss der Bürgermeister gegenüber dem Betreiber die Probleme des ersten Kraftwerkes, der Ottersberger Biogasanlage, für alle Seiten befriedigend lösen. Das Theater mit den Geruchsemissionen muss ein Ende haben“.

Den Ottersbergern helfe weder ein voreiliges Bürgerbegehren, wie es FBO und Grüne Liste wollen, noch „ein mit heißer Nadel gestrickter Bebauungsplan“, wie von Bürgermeister und CDU gefordert, fasst die SPD-Fraktion zusammen. Vor einer Entscheidung müssten erst alle Informationen geliefert und ausgewertet werden. Die Einnahmesituation Ottersbergs dürfe nicht auf Kosten der Lebensqualität verbessert werden.